



# Als „boches“ vertrieben, als „Wackes“ unerwünscht

Die Ausweisung der Deutschen aus Elsass-Lothringen nach 1918  
und ihre Aufnahme in Baden

Nach 1918 strandeten Tausende Ausgewiesene in Baden. Obwohl ehemalige Nachbarn, wurden sie nicht gerade freundlich empfangen. Dennoch gelang die Integration der Elsass-Lothringer erstaunlich rasch.

Das Kriegsende 1918 sah Menschen massenhaft in Bewegung: Demobilisierte Soldaten, entlassene Kriegsgefangene, evakuierte Zivilisten, die sich auf den Weg in ihre Heimatstandorte und -städte machten, dazu Menschen, die wegen Grenzverschiebungen und Gebietsabtretungen nach dem Waffenstillstand ihre Heimat verließen. Diese vielfältigen Migrationsströme verliefen in unterschiedliche Richtungen und sie begegneten sich mancherorts wie in einem Mikrokosmos. Das lässt sich aus deutscher

Perspektive allgemein für den Westen, die Rheinlande und insbesondere für Baden aufzeigen. Hier wurden die Rheinbrücken und die Grenzstädte beim nunmehr wieder französischen „Reichsland Elsass-Lothringen“ zum Nadelöhr. Allein in Kehl, das damals kaum 9.000 Einwohner zählte, strandeten im November 1918 mehrere tausend Menschen: Elsässer, die 1914 nach Baden evakuiert worden waren oder in der Armee des deutschen Kaiserreichs Kriegsdienst geleistet hatten und nun zurück in die Heimat woll-



Empfang der heimkehrenden Soldaten in Asperg, 1918.

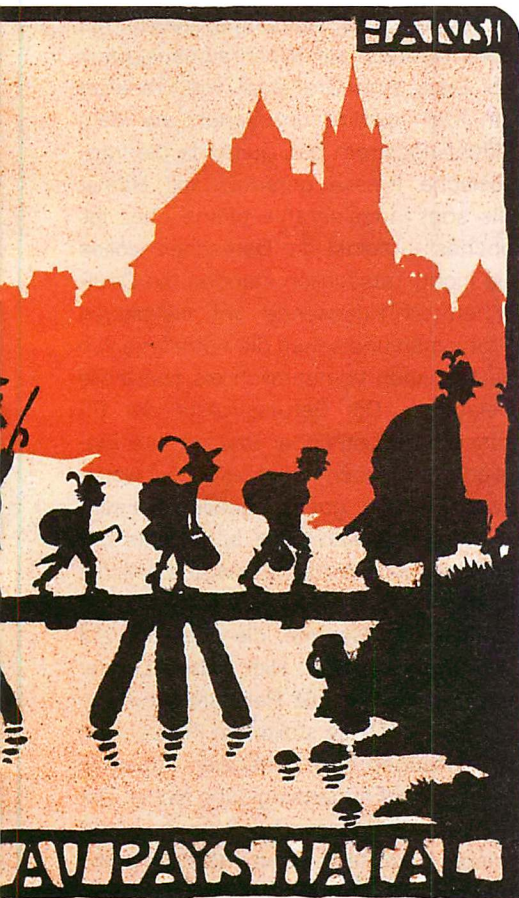
sung derjenigen männlichen und weiblichen Arbeitnehmer ermöglicht, die nicht auf den Verdienst aus ihrer derzeitigen, nur anlässlich des Krieges angenommenen Stellung angewiesen sind und nun bedürftigen Volksgenossen, namentlich Kriegsbeschädigten und sonstigen Kriegsteilnehmern, Platz machen könnten.“ In der Realität traf diese Verordnung fast ausschließlich Frauen. Der „Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten“ Karlsruhe kritisierte am 20. September 1919 diese frauenfeindliche Demobilisierungsverordnung mit deutlichen Worten: „Die politische Gleichberechtigung ist für uns berufstätige Frauen bedeutungslos, wenn uns nicht auch wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährt wird.“ Doch die Frauen zogen den Kürzeren: 1924 suchten in Baden 24.429 Frauen, aber nur 1.690 Männer Arbeit über private Arbeitsvermittler. Der Kampf um Arbeitsplätze polarisierte und wurde auf den Schultern der Schwächsten ausgetragen. Der Reichsbund der

Kriegsbeschädigten rief im März 1919 zu Protesten in badischen Städten auf, darunter auch in Ettlingen, das ein großes Lazarett beherbergte. Ein gespenstischer Zug von zwei- bis dreihundert meist schwer verstümmelten Kriegsinvaliden zog durch die Stadt: Beinamputierte in Rollstühlen, Einbeinige auf Krücken und Einarmige forderten unter anderem die Entlassung sämtlicher weiblicher Angestellten.

Eine weitere Herausforderung stellte im Herbst 1919 die Reintegration der ersten rund 100.000 Kriegsgefangenen dar, die nach Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern entlassen worden waren. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene sandte entsprechende Verfügungen an die einzelnen Regierungen, etwa am 15. September 1919 nach Sigmaringen. Rund 170 Millionen Reichsmark stellte die Reichsregierung insgesamt für wirtschaftliche Beihilfen für Kriegsgefangene zur Verfügung; die-

se Hilfen sollten vor allem zur Wiederaufnahme einer geregelten Beschäftigung führen, nicht jedoch direkt zur Bestreitung des Lebensunterhalts dienen. Dem entsprechend erfolgten die Beihilfen nicht in bar, sondern nach Möglichkeit als Sachleistung, die auf die erneute Arbeitsaufnahme abzielte, beispielsweise durch die Bereitstellung von Arbeitskleidung und entsprechenden Gerätschaften. Da ehemalige Kriegsgefangene den Anspruch auf Wiedereinstellung an ihren ehemaligen Arbeitsplätzen hatten, traf es wiederum häufig Frauen, die ihre Arbeitsplätze räumen mussten.

**Dr. Franziska Dunkel** ist eine der beiden Kuratierenden der Großen Landesausstellung „Vertrauensfragen. Die Anfänge der Demokratie im Südwesten 1918 – 1924“ und arbeitet als Historikerin beim Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Die Ausstellung zeigt unter anderem, welche Herausforderungen die Demobilisierung mit sich brachte.



„Retour au pays natal“, Rückkehr in das Herkunftsland. So nannte der elsässische Karikaturist Jean-Jacques Waltz (1873 – 1951), bekannt unter dem Namen Hansi, seine Illustration der Massenausweisung.

ten, begegneten jenen, die soeben von dort vertrieben wurden. Alle mussten zunächst in Grenzstädten wie Kehl aufgenommen und versorgt werden. Auf einen solchen Zustrom waren diese Orte nicht vorbereitet. „Große Unzufriedenheit, vielfach keine Mittel mehr“, beschrieb die Stadt Kehl die Situation in einem Hilferuf nach Karlsruhe.

## Plötzliche Abschiebung

Die Ausweisungen trafen Betroffene wie Aufnehmende völlig unvorbereitet. In Zeitzeugenberichten wird das Überraschungsmoment immer wieder betont: „Dieser ... grausame Befehl traf uns völlig ahnungslos.“ In den Wochen nach Kriegsende und dann systematischer von 1919 bis 1923 wurden aus dem Elsass und aus Lothringen insgesamt weit mehr als 100.000 Menschen ausgewiesen. Eine genaue Zahl lässt sich mangels Quellen nicht feststellen. Das größere Kontingent kam aus dem Elsass, allein in Straßburg waren etwa 28.000 Menschen betroffen. Die Begleitumstände der Abschiebung waren für viele Betroffene traumatisch. Sie mussten sich binnen

24 Stunden mit maximal 30 kg Gepäck und 2.000 RM Bargeld ausgestattet an vorgeschriebenen Sammelstellen einfinden, wo sie durchsucht, zu Transporten zusammengestellt und an die Rheinbrücken gefahren wurden, begleitet von Spott, Hohn und Handgreiflichkeiten ihrer „altelsässischen“ Nachbarn. Das zurückbleibende Eigentum wurde unter Zwangsverwaltung gestellt und einiges später veräußert. Die Weimarer Reichsregierung konnte Ende 1919 immerhin einen Teil des Hausrats auslösen.

„Retour au pays natal“, Rückkehr in das Herkunftsland hatte der elsässische Karikaturist Jean-Jacques Waltz, bekannt unter dem Namen Hansi, die Massenausweisung in einer seiner Zeichnungen betitelt. Von den Maßnahmen waren vor allem sogenannte „Altdeutsche“ betroffen. So nannte man diejenigen, die in den fast 50 Jahren seit der deutschen Annexion des Elsass und Lothringens 1871 dort ansässig geworden waren. In erster Linie waren das Beamte in Verwaltungen sowie bei Bahn und Post, daneben Richter, Lehrer, Pfarrer, Polizisten, Professoren der Reichsuniversität Straßburg sowie Offiziere, kurzum die neue Elite im Reichland. Zu den „Altdeutschen“ zählten aber auch Handwerker und Arbeiter, die vor allem im lothringischen Bergbau tätig waren. Viele dieser ehemaligen Zuwanderer stammten aus dem benachbarten Baden, der Pfalz, dem Rheinland, ein großes Kontingent aus Preußen. Manche waren mit ihren Familien gekommen, andere hatten sich am neuen Ort mit zumeist ebenfalls deutschsprachigen Einheimischen verheiratet, den so bezeichneten „Altelsässern“ und „Altlothringern“.

Das Verhältnis zwischen Alt- und Neueinwohnern war all die Jahre nicht spannungsfrei gewesen. Symptomatisch ist

die „Zabernaffäre“ 1913, die ein in Saverne (Zabern) stationierter preußischer Offizier mit der Beschimpfung elsässischer Rekruten als „Wackes“ ausgelöst hatte. Die politische Integration von Elsass-Lothringen ins deutsche Kaiserreich war halbherzig geblieben, weil man dessen nationaler Zuverlässigkeit misstraute. Erst 1911 erhielt das von einem preußischen Oberpräsidenten bzw. einem kaiserlichen Statthalter regierte Reichsland eine eigene Landesverfassung und einen Landtag. Es verwundert insofern nicht, dass viele Altelsässer und -lothringer mit der französischen Republik sympathisierten und 1918 die Rückkehr zu Frankreich begrüßten. Frankreich hatte diese Wiedereingliederung seit 1915 zwar ansatzweise vorbereitet und auch die Frage des Umgangs mit den seit 1871 zugewanderten Deutschen diskutiert. Tatsächlich aber wurden nach dem Eintreffen französischer Militärs im November 1918 zunächst unsystematisch Ausweisungen verfügt. 1919 unternahm die neue Verwaltung eine systematische Erfassung und Kategorisierung der Bevölkerung und führte ein formalisiertes Verfahren zur Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit ein.

## Ausweisungen als Druckmittel

Auswahlkommissionen, sogenannte „Commissions de Triage“ verhängten Sanktionen wie Überwachung, Versetzung, Internierung oder Ausweisung. Zunehmend war hierbei nicht mehr die Loyalität zu Frankreich ausschlaggebend, sondern die jeweilige ethnische Herkunft. Schon damals wurde der Begriff der „Säuberung“ geläufig. Dennoch waren weder sämtliche der etwa 500.000 Altdeutschen von Ausweisung betroffen, noch waren die Abgeschobenen ausschließlich deutscher Herkunft. Vielmehr

## UNERWÜNSCHTE „ALTDEUTSCHE“

wurden auch altelsässische Ehepartner von Deutschen sowie politisch unzuverlässige Nichtdeutsche ausgewiesen. Das führte in der Folge zu komplizierten Fragen staatlicher Zugehörigkeit und immer wieder zu Staatenlosigkeit. Die Ausweisungen erfolgten in Wellen und wurden zunehmend auch als politisches Druckmittel eingesetzt, etwa um Reparationsforderungen durchzusetzen.

Gemessen an der Zahl der Deutschen, die nach 1918 das Baltikum oder das nun polnische Posen oder Westpreußen verließen, gemessen erst recht an der Dimension von Flucht und Vertreibung nach 1945 waren die Elsass-Lothringer ein kleines Kontingent. Für die von Kriegsniederlage, politischem Systemwechsel sowie wirtschaftlichem Niedergang betroffene deutsche Gesellschaft bedeutete ihre Aufnahme gleichwohl eine Herausforderung. Das galt besonders für Baden, das nach Einrichtung einer entmilitarisierten Zone von der Abwanderung etlicher Unternehmen betroffen war. Allein hier blieben dauerhaft 24.000 Elsass-Lothringer. Die Ankommenden

wurden zunächst in Sammelstellen in Kehl, später Offenburg, in Freiburg oder Karlsruhe registriert und vom Roten Kreuz mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt sowie vorläufig untergebracht. In Freiburg gab die Bahnhofswirtschaft warme Mahlzeiten aus. Manche Vertriebene fanden Aufnahme bei Verwandten oder Freunden. Wer aber keinen Herkunftsbezug hatte, sollte nach dem Willen der provisorischen badischen Regierung dorthin weiterreisen, woher seine Vorfahren stammten. Landespolitiker wie Vertreter der Berufsstände plädierten für einen Verteilerschlüssel, der vor allem Preußen als das größte Land belasten sollte.

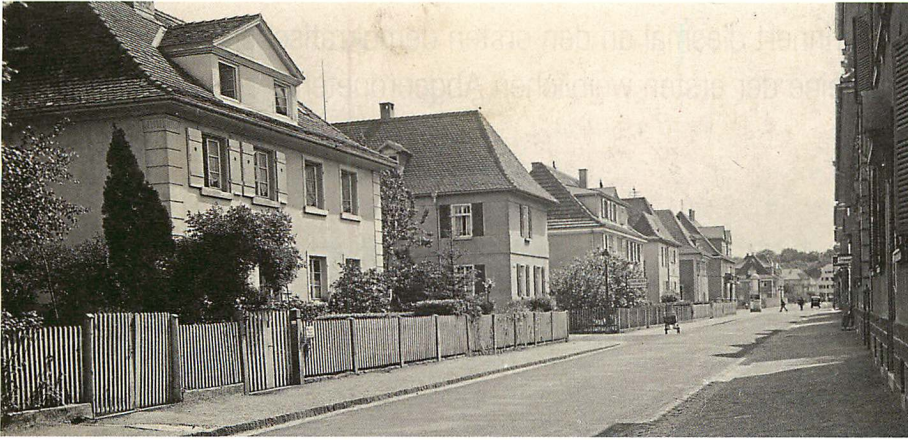
### Fachkräfte werden zu Almosenempfängern

Nach einer ersten Registrierung wurden die Migranten ohne Landesbezug an die Übernahmestellen in Stuttgart, München, Frankfurt, Darmstadt, Plauen oder Schwerin transferiert. Viele Städ-

te lehnten ihre Aufnahme freilich mit dem Hinweis auf Wohnraumknappheit ab. Dass eine Großstadt wie Frankfurt am Main explizit um Schutz vor dem Flüchtlingsstrom bat, quittierte die französische Presse geradezu mit Häme: „Ils sont indésirable même chez les boches“ – selbst die Deutschen wollen sie nicht! Tatsächlich standen die Deutschen zu Kriegsende vor vielfältigen Problemen und sahen die Aufnahme von Vertriebenen vornehmlich als finanzielle Belastung. Die Berufsstruktur der Elsassler und Lothringer machte ihre Eingliederung zudem nicht leicht. Es waren zwar vielfach gut ausgebildete Fachkräfte, doch waren sie angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage zunächst kaum unterzubringen. Etwa 16.000 von ihnen waren Beamte, die Anspruch auf Versorgung hatten. Hier sahen Länder und Kommunen die Reichsregierung in der Pflicht. Diese stellte die Fortzahlung von Bezügen und Pensionen immerhin bis zu einer Friedensregelung sicher. Der Versailler Friedensvertrag vom Juni 1919 erlegte dem Reich dann endgültig deren Alimentierung, zudem aber auch die Ent-



Französische Postkarte anlässlich der Ausweisung deutscher Bürger über die Kehler Rheinbrücke: „Eine Gruppe von ‚Unerwünschten‘ aus der Hochofen-Region Lothringen.“ Das Hanauer Museum Kehl wird in einer Ausstellung ab 30. Juni 2019 an die Geschichte Kehls unter französischer Besatzung erinnern und dabei auch diese Karte aus der Privatsammlung von Arnd Nückles zeigen.



Der sogenannte „Elsässerblock“ mit 92 Wohnungen wurde 1927 als dritter und letzter Bauabschnitt der neuen Weiherfeldsiedlung in Karlsruhe eingeweiht. Architekt war der Elsässer Julius Frommholz. Das Stadtmuseum Karlsruhe thematisiert die Geschichte in seiner Ausstellung ab 9. November 2018.

schädigung von Eigentumsverlusten auf. Was die vertriebenen Elsass-Lothringer an Ausgleichszahlungen erhielten, ging allerdings in der Inflation sehr rasch verloren. Dies wiederum hinterließ bei den Betroffenen das Gefühl erneuter Benachteiligung.

Der Neuanfang für die aus dem Elsass und Lothringen Vertriebenen war nicht einfach. Einzelnen gelang der Berufseinstieg, doch viele waren erst einmal auf Wohlfahrtsleistungen angewiesen. Vor allem Menschen bürgerlicher Herkunft sahen sich zu Almosenempfängern herabgewürdigt. Um ihnen Peinlichkeiten zu ersparen, gingen Länder und Kommunen schnell dazu über, den Flüchtlingen selbst die Verteilung von Hilfsmitteln zu übertragen. Darüber hinaus fanden sich die vertriebenen Elsass-Lothringer sehr rasch in Selbsthilfeeinrichtungen zusammen. Noch im Dezember 1918 entstanden lokale Initiativen zur Arbeitsplatzvermittlung. Die ursprünglich lokalen Zusammenschlüsse gingen bald in Dachverbänden wie dem Anfang 1919 entstandenen Berliner „Hilfsbund der Elsass-Lothringer im Reich“ auf, der mit seinem Presseorgan „Elsass-Lothringische Mitteilungen“ auch auf die Politik einzuwirken suchte. Zu den Selbsthilfemaßnahmen zählte nicht zuletzt die Gründung lokaler Siedlungsgesellschaften, die in der Folgezeit die Trägerschaft kommunaler Bauprojekte übernahmen. In Karlsruhe, wo etwa 6.000 Vertriebene Wohnraum suchten, entstand im Januar 1922 die „Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft vertriebener Elsaß-Lothringer“. Die Häuser waren „hell, luftig

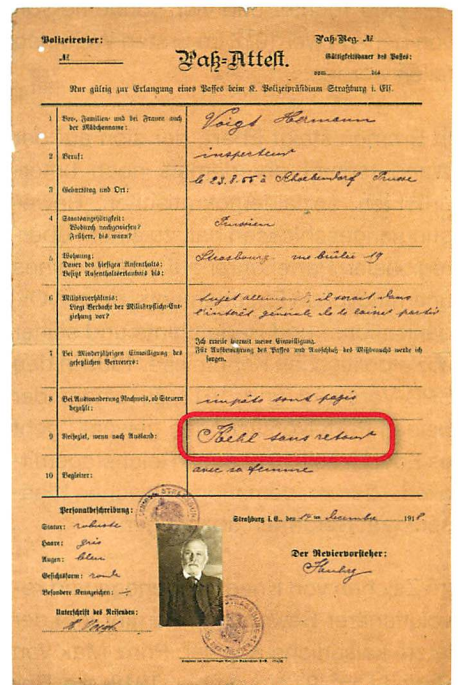
und sonnig“ und dazu geeignet, dass „die Bewohner ihre Bedrängnisse aus der Vertriebenenzzeit gar wohl vergessen können“. Vergleichbare „Elsässerblocks“ entstanden auch in Freiburg oder Breisach, teils erkennbar an der vermeintlich elsässischen Architektur der Häuser. Den Bewohnern sollte die verlorene Heimat kompensiert und die Eingliederung erleichtert werden.

### Holpriger Beginn einer erfolgreichen Integration

Im Rückblick, erst recht im Vergleich zur Integration anderer Vertriebenengruppen seither, ist die Eingliederung der Elsass-Lothringer eine Erfolgsgeschichte. Allein die Tatsache, dass heute kaum mehr etwas daran erinnert, bestätigt diese Einschätzung. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen und Probleme, die die Aufnahmegesellschaft vor einhundert Jahren zu bewältigen hatte, war dies eine beachtliche Leistung. So sahen es damals bereits die Reichsbehörden in Berlin, die ihre badischen Kollegen geradezu als Krisenmanager einschätzten, von deren Expertise sie zu profitieren hofften, als 1919/20 viele Deutschbalten ins Land kamen. Doch waren die Badener und andere Aufnahmeländer in der „elsass-lothringischen Flüchtlingskrise“ 1918/19 tatsächlich erfolgreiche Krisenmanager? In ihren Erinnerungen zeichneten Betroffene ein nüchterneres Bild. Sie beschrieben dieselben Abwehrreflexe, die 1945 auch Schlesier, Sudentendeutsche oder Ostpreußen trafen. In

der damaligen Gesellschaft, die sprachlich-kulturell und konfessionell noch sehr viel homogener war, fiel jeder Zugezogene umso mehr auf. „In Baden nannte man uns ‚Wagges‘“, so ein Zeitzeuge, der wie viele ausgerechnet mit jenem Schimpfwort bedacht wurde, das die „Zabernaffäre“ so sehr befeuert hatte: „Also beliebt waren wir gerade nicht.“ Dabei galten die Vorbehalte keinen Ankömmlingen aus fremden Kulturen, sie galten Nachbarn. Sie galten Personen, die erst zwei Generationen zuvor von der einen auf die andere Rheinseite gezogen waren und damit Menschen, die den Badenern vertrauter waren als die Flüchtlinge und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs, erst recht als die Zwangsmigranten unserer Zeit. Und doch muten die Ängste und Vorbehalte, die der massenhafte Zuzug der Elsass-Lothringer vor knapp hundert Jahren auslöste, so fremd nicht an. Auch das macht den Rückblick auf eine fast vergessene Vertreibungsgeschichte lohnenswert.

**Prof. Dr. Angela Borgstedt** ist Geschäftsführerin der Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ an der Universität Mannheim.



Pass-Attest eines preußischen Inspektors vom 14. Dezember 1918. Das deutsche Formular ist auf Französisch ausgefüllt und gibt als Reiseziel an: „Kehl sans retour“.

Die biografische Rubrik **LAND&LEUTE** erinnert diesmal an den ersten demokratischen Reichspräsidenten Deutschlands und an eine der ersten weiblichen Abgeordneten.

# Friedrich Ebert

(1871 bis 1925)

Der Heidelberger Friedrich Ebert gehört als SPD-Vorsitzender (1913 bis 1919), als Kopf der Revolutionsregierung (1918/19) und als erster Reichspräsident (1919 bis 1925) zu den Gründervätern der Demokratie in Deutschland.

Geboren am 4. Februar im Reichsgründungsjahr 1871 als siebtes von neun Kindern eines Schneiderehepaars in einer kleinen Dreiraumwohnung in Heidelberg, durchlebt er die typische Kindheit und Jugend in einem Kleinhandwerkerhaushalt. Nach Volksschule und Sattlerlehre folgt die Wanderschaft, die 1891 in Bremen endet, das bis zu seiner Übersiedlung nach Berlin 1905 seine Heimat wird. Aus der 1894 geschlossenen Ehe mit der Arbeiterin Louise Rump (1873–1955) gehen eine Tochter und vier Söhne hervor, von denen zwei 1917 im Ersten Weltkrieg fallen werden.

In Bremen steigt Ebert, der sich auf der Wanderschaft der damals noch unterdrückten sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen hat, zu einem überregionalen Parteiführer auf – dank seines unermüdlichen Engagements, seines Organisations- und Redetalents und seiner sozialpolitischen Kenntnisse. 1905 in den SPD-Vorstand und 1913 zu einem der beiden Parteivorsitzenden gewählt, geht es Ebert – seit 1912 auch Reichstagsmitglied – darum, dem monarchischen Klassenstaat Reformen abzurufen.

Im Zeichen von Kriegsniederlage und revolutionärer Bewegung übergibt ihm der letzte kaiserliche Kanzler, Prinz Max von Baden, am 9. November 1918 die Regierungsgeschäfte. In einer der komplexesten Problemlagen der Neuzeit gelingt es der Revolutionsregierung mit dem SPD-Vorsitzenden an der Spitze, die



Lasten des verlorenen Krieges zu schultern und zugleich den Weg in die parlamentarische Demokratie zu bahnen.

Von der Nationalversammlung in Weimar am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten gewählt, versteht Ebert das mächtigste Amt der Republik nicht als Gegengewicht zu Parlament und Kabinett, sondern immer als Teil der Reichsführung. Als Teamspieler sieht er seine Rolle als Hüter der demokratischen Ordnung. Er schöpft dabei die umfassenden Verfassungsrechte voll aus, um das Überleben der bedrängten und von vielen ungeliebten Republik zu sichern. In ihrem blinden Hass überziehen die Demokratiegegner den Reichspräsidenten, der für sie eine Symbolfigur der neuen Ordnung ist, mit einer perfiden Diffamierungskampagne. Dagegen setzt sich Ebert mit mehr als 200 Prozessen zur Wehr, allerdings mit nur geringem Erfolg.

Infolge einer verschleppten Blinddarmentzündung stirbt er am 28. Februar 1925 und wird auf dem Bergfriedhof seiner Heimatstadt Heidelberg beigesetzt. Der bekennende Süddeutsche, Mitglied im „Verein der Badener in Berlin“, fühlte sich stets zur Kurpfalz und dem Süden der Republik hingezogen. Er verbrachte seine Urlaube im Schwarzwald und weilte zweimal zur Kur im württembergischen Bad Mergentheim. Doch ist es ihm nicht vergönnt gewesen, den Lebensabend am Neckar zu verbringen.

Zum Zeitpunkt seines Todes befindet sich die Republik auch dank seiner konsequenten Politik nach Jahren existenzieller Krisen in einer Phase der relativen Stabilität. So nimmt Friedrich Ebert, für den Demokratie und soziale Gerechtigkeit Lebensziel gewesen sind, als Wegbereiter und Garant der ersten Republik einen vorderen Platz im demokratischen Traditionshaushalt der Bundesrepublik ein. Als Vermächtnis gründet die SPD unmittelbar nach Eberts Tod die heute noch existierende, SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung, in Eberts Heidelberger Geburtshaus befindet sich heute eine Gedenkstätte.

**Prof. Dr. Walter Mühlhausen** ist Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der 1986 errichteten Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg ([www.ebert-gedenkstaette.de](http://www.ebert-gedenkstaette.de)) und lehrt als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt.